

Erste Erfahrungen

Die ersten Wochen Schule nach der Wiedereröffnung in der Region Basel und Fragen der Chancengleichheit.

Die Kinder, die Eltern, aber auch ein grosser Teil der Lehrpersonen freuten sich auf den Präsenzunterricht. Die Vorbereitungen dazu verliefen je nach Schulstandort und Stufe aber sehr unterschiedlich. Ganz grundsätzlich gelten die Richtlinien des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und der vielzitierte gesunde Menschenverstand, der aber stark variieren kann.

Gemäss den Vorgaben und Empfehlungen des BAG gelten zwischen Schülerinnen und Schülern keine Abstandsregeln. Zwischen Erwachsenen und Schülerinnen und Schülern soll der vom BAG vorgegebene Mindestabstand von zwei Metern möglichst eingehalten werden. Unter Erwachsenen muss dieser Mindestabstand jedoch eingehalten werden.

Primar- und Sekundarstufe

Im einen Primarschulhaus konnten sich die Lehrpersonen an den Schutzkonzepten für das Schulhaus beteiligen. Es gab gestaffeltes Einlaufen und gestaffelte Pausen. Auch blieb es den Lehrpersonen überlassen, wie sie den Unterricht gestalten, beziehungsweise welchen Abstand sie zu den Kindern zulassen. Im Grossen und Ganzen waren sich alle einig, dass auf der Primarstufe der Abstand von 2 Meter kaum eingehalten werden kann, ohne einen sehr unnatürlichen, distanzierten Unterricht abzuhalten. Die Diskussion über volle oder halbe Klassen hat aber nichts mit dieser Situation zu tun.

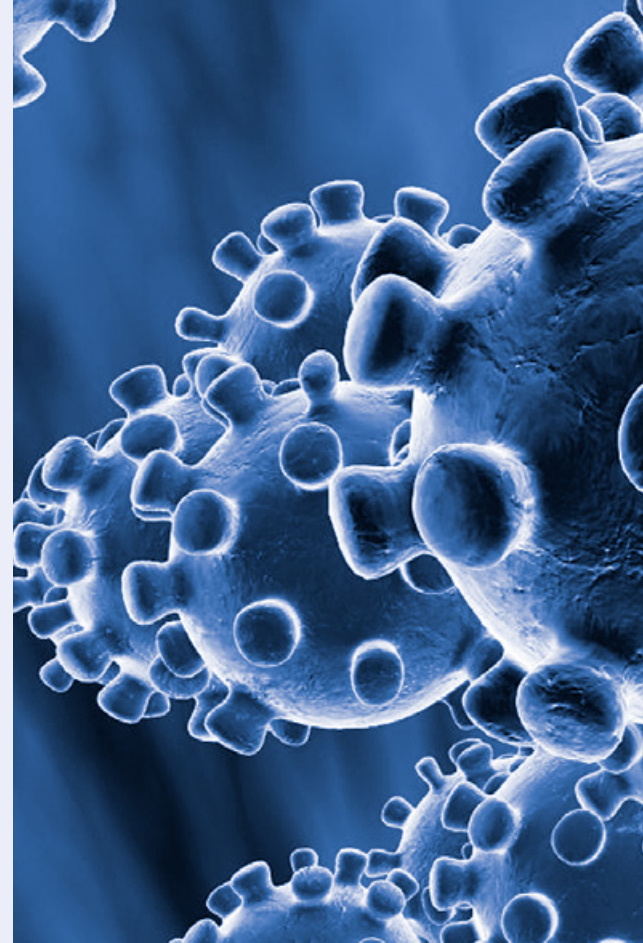
Auf der Sekundarstufe war die Umsetzung doch etwas heikler und schwieriger. Der Stundenplan machte auf Grund der verschiedenen Fächer ein gestaffeltes Einlaufen und gestaffelte Pausen eher nicht möglich. Dafür ist wiederum aufgrund des Alters der SchülerInnen ein eher distanzierter Unterricht möglich, wenn er auch nicht ideal ist. Da die Schülerinnen und Schüler bereits grösser sind und selber mehr Platz beanspruchen, ist insgesamt die Einhaltung der Distanzregel jedoch unrealistisch, diese scheitert aufgrund der Platzverhältnisse bereits in den Treppenhäusern und Gängen.

Schutzkonzept für Erwachsene nötig

Ein Problem welches leider bis jetzt gar keine Beachtung fand, ist die jeweilige Situation im Lehrpersonenzimmer sowie die Situation rund um den Kopierer. Wenn man davon ausgeht, dass die Übertragung von Kindern durchaus gering ist, drängt sich umso mehr ein Schutzkonzept für die Räumlichkeiten der Erwachsenen an den Schulen auf. Der vpod region basel wird sich diesem Thema annehmen.

Chancengleichheit nach Corona

Der Fernunterricht hat während der Coronakrise bei den Schülerinnen und Schülern unterschiedliche Spuren hinterlassen. Eine ziemlich ernüchternde und nicht



wirklich überraschende Erkenntnis ist, dass Kinder, die in der Schule mit Präsenzunterricht Mühe haben und sich am Unterricht nicht wirklich beteiligen, dies auch während des Fernunterrichtes nicht taten. Diese haben in der Regel ihre Aufgaben nicht gemacht, obwohl man die Kinder persönlich besucht und die Aufgaben auf Papier abgegeben hatte. Es zeigt sich einfach, dass bildungsferne Kinder immer benachteiligt sind, egal in welcher Form der Unterricht durchgeführt wird.

Daraus müssen verschiedene kurz- und langfristige Erkenntnisse gewonnen werden. Einerseits, wie mit den teilweise eklatanten Wissensdifferenzen umgegangen werden soll. Es stellt sich zudem auch die Frage, wie auf Überforderung eingegangen werden soll. Erhalten die Lehrpersonen allenfalls Ressourcen, um zum Beispiel zusätzliche Förderstunden geben zu können? Oder welche Unterstützung erhalten die SchülerInnen bei der Suche nach einer Lehrstelle? Die diesbezügliche berufliche Orientierung zur Vorbereitung auf den Übergang in eine Berufslehre konnte nur begrenzt stattfinden. Das sind die kurzfristigen Fragestellungen.

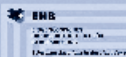
Langfristig gilt es festzustellen, dass frühe Förderung eine zentrale Rolle spielt. Darüber wird seit längerer Zeit diskutiert und geschrieben. Die Wichtigkeit des Anliegens ist unbestritten, doch das Angebot ist nach wie vor eher bescheiden. Es geht dabei nicht nur um die Sprachkompetenz, sondern auch um soziale Benachteiligung. Kinder wachsen teilweise isoliert auf und erhalten so zu wenig Anregung.

Wir wissen, dass Kinder sehr gut von anderen Kindern lernen und profitieren. Doch wie erreichen wir, dass zum Beispiel die Spielgruppen, welche sich dieser frühen Förderung annehmen, auch genügend durchmischte sind? Nur so lernen bzw. profitieren die Kinder von den anderen. All dies sind Fragen, die uns dank Corona noch stärker bewusst gemacht wurden. ■

Kerstin Wenk, VPOD-Regionalsekretärin Basel (28.5.2020)

BERUFSBILDUNG

Entwicklung des Schweizer Systems



Emil Wettstein: Berufsbildung.
Entwicklung des Schweizer Systems.
hep-Verlag Bern, 2020. 224 Seiten,
Fr. 29.–

Leistungsschwache empfahl der Bundesrat den Lehrbetrieben 1977 die sogenannte «Anlehre». Denn es sei besser, eine Ausbildung in einem weniger anspruchsvollen Beruf zu absolvieren, als die Lehre abzubrechen. Verschiedene Branchen haben bereits seit den 1960er Jahren solche Möglichkeiten entwickelt, so gab es zum Beispiel den anspruchsvollen Beruf des Automechanikers und in Ergänzung dazu den des Automonteurs. Eine Unterteilung war auch deswegen notwendig, weil nicht alle Berufe gleichermaßen schwierig oder leicht zu erlernen sind, die Anforderungen stark variieren können. So beanstandeten 1970 die Lehrpersonen auch, dass es bei dem «Eintopf Berufslehre» keine Strukturierung gab. Es war abzusehen, dass dieses Modell der Diversität der Lernenden nicht gewachsen war, wenn 51 Prozent der Jugendlichen einen Lehrvertrag abschlossen. So wurden denn 1978 mit dem BBG (Berufsbildungsgesetz) auch Anlehre, Berufsmittelschule, Vorlehre und Stützkurse eingeführt. Die Einführung der Anlehre war dadurch gesetzlich festgelegt und geregelt.

Die Anlehre wurde allerdings von den Gewerkschaften bekämpft, weil sie Lohndumping befürchteten. Auch die Seite der Arbeitgeber war dagegen, weil sie befürchteten, diese Art von Lehre könne dem Berufsbildungssystem schaden. Allerdings wurde diese Form der Lehre scheinbar nie von mehr als 4,5 Prozent eines Altersjahrgangs besucht. 2002 wurde sie wieder abgeschafft. An ihre Stelle tritt fortan die zweijährige berufliche Grundbildung, die mit dem Eidgenössischen Berufsattest (EBA) abgeschlossen wird. (Ist es nicht interessant, dass im Volksmund manchmal immer noch von «Anlehre» die Rede ist, wenn die berufliche Grundbildung mit EBA gemeint ist?) Das EBA macht 2018 einen Anteil von 10,5 Prozent bei den Lehrverträgen aus und scheint sich etabliert

zu haben. Jetzt stellt sich die Frage, was mit denjenigen Jugendlichen geschieht, die dieser Attestausbildung nicht gewachsen sind. Laut dem Autor wird nach einer Lösung gesucht. Hoffen wir, dass bei der nächsten überarbeiteten Neuauflage dieses Werkes von einer erfolgreichen Lösung berichtet werden kann.

Ausblick

Da der Autor auf einen Ausblick verzichtet, wage ich als Gewerkschafterin und Politikerin einen solchen. Die Zukunft interessiert sich nicht dafür, ob ich die Vergangenheit kenne oder nicht. Aber die Politik. Politiker*innen müssen in die Zukunft blicken und visionär sein oder regulierend eingreifen können. Dies gelingt ihnen umso besser, wenn sie sich einer thematisch spezifischen Vergangenheit vergewissern können. So können sie Tendenzen und Entwicklungen vielleicht besser einschätzen

oder zumindest Pros und Contras differenzierter abwägen. Die Berufsbildung befindet sich stets im Wandel. Sie hat sich immer weiterentwickelt, wie Wettsteins Werk sehr schön aufzeigt. Und auch heute muss diese innovativ sein und sich vielen Herausforderungen stellen. Deshalb ist es wichtig, dass Gewerkschaften und Politik sich für sie einsetzen und zum Beispiel bei Definitionen von geforderten Standards mitreden können. Auch dass es klare Richtwerte gibt, die den Lehrbetrieben, den HR-Abteilungen, den Eltern etc. bekannt sind, und eine Anbindung an internationale Standards möglich ist, müssen gewerkschaftliche Forderungen und Ziele sein. ■

Michela Seggiani ist Vorstandsmitglied beim VPOD Region Basel und Grossrätin. Zudem ist sie Geschäftsführerin der SGAB (Schweizerische Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung).

Regionalteil beider Basel

GE vpod basel lehrberufe

Steigende Anforderungen

Entwicklungen der Lehrstellen und der Lehrabschlussprüfungen in Basel-Stadt.

Die Regierung Basel-Stadt schreibt in ihrem Lehrstellenbericht, dass sich der Gesamtbestand an Lernenden mit einem kantonalen Lehrvertrag im Kanton seit mehreren Jahren zwischen 5500 und 6000 Lehrverträgen bewege. Diese Entwicklung sei konstant auf hohem Niveau. Das gleiche gelte auch für die Zahl der öffentlich ausgeschriebenen Lehrstellen. So die Regierung.

Der Anteil der Lernenden innerhalb des Gesamtbestandes der Auszubildenden auf der Sekundarstufe II ist nach wie vor hoch. Die Quote der Direktübertritte von der Volksschule in die berufliche Grundbildung ist leicht angestiegen, aber immer noch zu tief.

Der Wandel in der Wirtschaft bewirkt, dass die Anforderungen am Arbeitsplatz und damit auch an den Ausbildungsplatz stets steigen. Die Ausbildungsinhalte werden komplexer, die einzelnen Profile spezialisierter. Auch nimmt die Vielfalt an Berufen zu. Für die Wirtschaft und die Lehrbetriebe stellt sich zunehmend die Frage, wie sie geeignete Lernende gewinnen können. Dies wiederum führt dazu, dass Betriebe gezwungen sind, ihre Lehrstellen mit Jugendlichen zu besetzen, die den Anforderungen nicht genügen. Im Jahr 2018 haben in Basel-Stadt rund 1900 Lernende die Lehrabschlussprüfung erfolgreich bestanden. Im Jahr 2019 waren es aber fast 140 Abschlüsse weniger. Der Rückgang hat jedoch verschiedene Ursachen. Einerseits haben die Lehrabbrüche und/oder Verlängerungen der Lehre zugenommen und auf der anderen Seite haben eben auch die Ansprüche zugenommen.

Kerstin Wenk, Regionalsekretärin VPOD Basel.

«Wir sind ein Gesundheitsbetrieb, der mit und am Menschen arbeitet»



Ich treffe mich mit der Lehrerin (HF) Angelika Pfäfflin im Gastgarten des Kleinbasler Cafés «Kleine Freiheit».

Seit 2009 unterrichtet Angelika Pfäfflin am Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG) im Bildungsgang «Medizinisch-technische Radiologie».

Aufgewachsen ist Angelika in der Region Tübingen, in einem bildungsnahen Umfeld. Ihre Mutter war Lehrerin für Grund- und Hauptschule, ihr Vater Theologiestudent. Beide waren mit ihrer Studienwahl jeweils Familientraditionen gefolgt. Noch während des Studiums trennten sich Angelikas Eltern, sie und ihr Bruder blieben bei der fortan alleinerziehenden Mutter. Angelika besuchte ein naturwissenschaftliches Gymnasium. Obwohl sie den Physikunterricht dort in keiner guten Erinnerung hat und damals eher Biologie und Chemie bevorzugte, entschied sie sich dazu, im nahen Tübingen Physik zu studieren. Klar war für sie jedenfalls, kein geisteswissenschaftliches Studium zu wählen: Wozu sollten ausufernde Diskussionen schliesslich gut sein, wo sie doch ohnehin immer andere Meinungen als ihre Freund*innen hatte?

Auch damals war Angelika schon politisch engagiert, der Zeitgeist in der Universitätsstadt war links. Als in den 1980er Jahren die dort ansässige Waschmaschinenfabrik Zanker, ein Traditionsunternehmen, an AEG verkauft und der Standort geschlossen wurde, beteiligte Angelika sich an den Protestaktionen – ebenso wie der Lebenspartner ihrer Mutter, der Betriebsrat bei Zanker war.

Medizinphysikerin in der Schweiz

Anfang der 1990er Jahre, als Angelika ihr Physikstudium gerade abgeschlossen hatte, herrschte in Deutschland Akademikerarbeitslosigkeit. Nach einem halben Jahr Stellensuche vermittelte ihr das Tübinger Arbeitsamt eine Stelle als Medizinphysikerin am Universitätsspital Zürich. In der Schweiz herrscht seit jeher ein Mangel an Fachpersonen in diesem Gebiet. Dass Angelikas Diplomarbeit im Bereich der Strahlenphysik angesiedelt war, trug wohl dazu bei, dass sie die Stelle bekam. Als sie im Vorstellungsgespräch die Arbeitsbedingungen erfuhr, erschrak sie jedoch erst einmal über die 42-Stundenwoche und vier Wochen Ferien. Die fünf Jahre in Zürich beschreibt Angelika dann auch als Zeit ununterbrochenen Arbeitens.

Als sie die Post-Doc-Stelle aus ausländerrechtlichen Gründen nicht mehr ausüben konnte, wechselte sie nahtlos über zu einer Firma, die ein Bestrahlungsplanungssystem für die Therapieplanung in der Strahlentherapie entwickelte und vertrieb. Ihr Arbeitsplatz war nun in der Niederlassung der US-amerikanischen Firma in Meggen / Kanton Luzern, von dem aus sie in ganz Europa Kunden betreute. Als sie schwanger wurde, wurde sie damit konfrontiert, dass es damals in der Schweiz noch keinen gesetzlichen Anspruch auf Mutterschaftsurlaub gab. Drei Wochen vor der Geburt bezog sie ihre Ferien, danach bezahlte ihr die Firma aus Kulanz über die zwei Monate des Arbeitsverbots hin 80 Prozent ihres Lohns weiter.

Um mit ihrem Lebenspartner, einem deutschen Strahlenphysiker, zusammenleben zu können, zog sie mit ihrem Sohn erst einmal nach Leipzig und arbeitete dort in einer neu gegründeten Strahlentherapiepraxis. Obwohl sie in Leipzig immer noch ihren zweiten Wohnsitz hat, verlegte sie nach zwei Jahren ihren Lebensschwerpunkt wieder in die Schweiz zurück. Dieses Mal nach Basel, wo sie eine Stelle als Strahlenphysikerin am Kantonsspital antrat. Weil die Arbeitsbedingungen dort gerade für sie als Alleinerziehende so schlecht waren, trat sie in den VPOD ein. Nur mit grosser Mühe war es ihr gelungen, ihr Pensum auf 50 Prozent zu reduzieren, damit sie sich um ihren Sohn kümmern konnte. Nach sieben Jahren reichte es ihr und sie orientierte sich beruflich neu als Lehrerin am BZG, einer «Höheren Fachschule» (HF).

Lehrerin in der Region Basel

Am BZG unterrichtet Angelika seit 2009 eine breite Palette von Themen und Bereichen wie Strahlenphysik, Apparatikunde, Nuklearmedizin bzw. Strahlentherapie, diagnostische Radiologie, Computertomographie, Ultraschall aber auch Wissens- und Kompetenzmanagement. Als Medizinphysikerin hat sie die zertifizierte Facherkennung der Schweizer Gesellschaft für Strahlenbiologie und Medizinphysik, für die sie Berufserfahrung nachweisen, Kurse besuchen und Prüfungen bestehen musste. Um unterrichten zu lernen, absolvierte sie

berufsbegleitend einen Masterstudiengang in Fachdidaktik, der gemeinsam von der PH Zürich, der Universität Zürich und der ETH angeboten wird.

Am BZG werden die Bildungsgänge Pflege, Biomedizinische Analytik und eben Radiologie angeboten. Die Ausbildung ist jeweils durch eine grosse Praxisnähe geprägt: Die Hälfte der Zeit verbringen die Studierenden in Betrieben, in denen sie auch angestellt sind. Und auch die Lehrer*innen im BZG verstehen sich in erster Linie als Fachpersonen für ihre jeweiligen Bereiche denn als Dozierende. Dies sei nicht nur ein Vorteil, wenn es darum geht, einen professionellen Unterricht anzubieten. Auch den Einfluss der Betriebe auf die Ausbildung sieht Angelika kritisch. Ihrer Erfahrung nach werde in diesen manchmal die Betreuung der Fachstudierenden auf die jüngsten Mitarbeitenden abgewälzt, was nicht unbedingt zielführend ist. Seit langem wiederum ist das Problem ungelöst, dass der HF-Abschluss als Teil der höheren Berufsbildung international nicht bekannt ist. In Ländern wie Österreich oder selbst in der Westschweiz wird «Medizinisch-technische Radiologie» an einer Fachhochschule studiert, mit minimalen inhaltlichen Differenzen zur entsprechenden Ausbildung am BZG. Unterschiede beständen bei wissenschaftlichen Methodenkenntnissen und Mathematik, insbesondere Statistik. Eine Erweiterung der Ausbildung um diese wie auch ein Abschluss auf Hochschulstufe wäre Angelika zufolge angemessen.

Konzepte und finanzielle Mittel nötig

Mit der Schliessung der Schulen bzw. dem Verzicht auf Präsenzunterricht fand ab Mitte März auch am BZG der Unterricht nur noch mithilfe digitaler Technologien und E-Learning statt. Die Umstellung sei mit einem immensen Arbeitsaufwand verbunden gewesen, so Angelika: «Wir haben gemacht, was wir konnten. Es ging nicht anders.» Mit dem Ergebnis zeigt sie sich jedoch alles andere als zufrieden. Im Präsenzunterricht könne man so viel mehr, schneller, effizienter überbringen als online. Der klassische Unterricht sei ein mehrdimensionales komplexes Geschehen, an dem viele Personen aktiv beteiligt sind und wo sich vieles gleichzeitig ereignet. Problematisch sei nicht nur, dass beim Fernunterricht alles viel länger dauere, sondern auch, dass der damit verbundene «strukturierte Pfad» zu einer «Trichterpädagogik» führe. Erlern haben Lehrpersonen und Schüler*innen in der Corona-Zeit vor allem die technische Nutzung von Kommunikationssoftware wie Zoom und Teams oder von Lernplattformen. Was inhaltlich wirklich gelernt wurde, sei schwer zu sagen. Für eine hohe pädagogische und didaktische Qualität des Unterrichts brauche es aber Konzepte, etwa damit Gruppenarbeiten oder selbstorganisiertes Lernen auch Erfolge zeitigen. Die Erprobung von letzterem habe man bereits in den letzten Jahren erwogen, aber bisher stand dem auch immer die Ausbildungsstruktur entgegen. Bei einem vollen Programm mit täglichem Präsenzunterricht am BZG von acht bis fünf Uhr gebe es für selbstorganisiertes Lernen zu wenig Zeit. Die potentiellen Vorteile von E-Learning wie die Ermöglichung von asynchronem, ortsungebundenem und selbstorganisiertem Lernen können ohne ausreichende Freiräume nicht genutzt werden. Damit sinnvolle neuen Lernformen praktiziert werden können, brauche es einen langjährigen Entwicklungsprozess von Unterricht und Schule.

Der Unterricht werde mit neuen Lerntechnologien weder grundsätzlich neu erfunden, so Angelika, noch sei eine komplette Umstellung auf digitale Lernformen überhaupt angemessen: «Wir sind ein Gesundheitsbetrieb, der mit und am Menschen arbeitet.» Der Einsatz von moderner Technologie sei nur punktuell sinnvoll, wie etwa die Arbeit mit dem Hi-Tech-Bestrahlungsplanungssystem in der Radio-Onkologie. Für den Unterricht würde sich Angelika auch ein 3D-Virtual-Reality-System wünschen, mit dem man etwa den Umgang mit Bestrahlungsgeräten oder Laborinformationssystemen spielerisch einüben könne, was sonst nicht möglich sei. Die Anschaffung eines solchen 3D-Virtual-Reality-Systems wäre mit 150000 Franken zu veranschlagen. Als Erziehungsdirektor Cramer vor einiger Zeit einmal Telefonsprechstunden für Lehrpersonen anbot, ergriff Angelika die Gelegenheit, dies anzuregen. Doch leider sind dafür bisher keine finanziellen Mittel verfügbar.

Wie weiter?

Ab 8. Juni erlaubt der Bundesrat wieder den Präsenzunterricht in weiterführenden Schulen. Die Direktive am BZG lautet jedoch, das laufende Schuljahr mit Fernunterricht zu beenden. Erst Mitte September soll mit dem neuen Schuljahr zum üblichen Schulbetrieb zurückgekehrt werden.

Vom VPOD wünscht sich Angelika, dass sich die Gewerkschaft aktiv in die Debatten um E-Learning und Digitalisierung im Bildungsbereich einbringt. Es brauche auch wieder mehr allgemeine Diskussionen, über den Sinn und die richtige Form von Bildung. Nicht zuletzt deswegen hat Angelika vor einiger Zeit unsere Zeitschrift *vpod bildungspolitik* abonniert. ■



Abonniere die Zeitschrift vpod bildungspolitik mit regionalem Basler Teil!

Die Zeitschrift «vpod bildungspolitik» erscheint fünf Mal pro Jahr. Ein Jahresabonnement kostet Fr. 40.–

Bestellt werden kann die Zeitschrift per E-Mail unter redaktion@vpod-bildungspolitik.ch sowie über unsere Homepage

vpod-bildungspolitik.ch